

Migration

Wie ein Dorf in Sachsen mit der deutschen Flüchtlingspolitik ringt

11. Dezember 2022, 16:24 Uhr | Lesezeit: 11 min

Die Sachsen und die Geflüchteten, schwieriges Thema, auch in Wehrsdorf. Leute wie Katharina Groß kämpfen hier mit Wutbürgern, aber vor allem: mit Behörden.

Von *Constanze von Bullion, Wehrsdorf*

Es wird schon Abend, und die Kälte kriecht ins Dorf, da treibt sie diese innere Unruhe wieder aus dem Haus. Den halben Tag hat sie heute schon im Heim verbracht, jetzt will sie noch mal hin. Sie hat es den Leuten doch versprochen. Und außerdem - dieser ganze Kummer da oben. Katharina Groß zieht sich den Anorak über die schmalen Schultern und läuft los in diesem Tempo, das sie nicht drosseln kann. "Heuchelei", sagt sie, als sie draußen die Hauptstraße erreicht. Es klingt wütend. Weil wieder niemand hilft, jedenfalls niemand vom Amt.

Wehrsdorf in der Oberlausitz im Herbst, ein Dorf streckt sich hier ein bisschen schläfrig zwischen Hügeln aus, irgendwo hinter Bautzen im Osten von Sachsen. Eine Gegend ist das, in der der Hochwald mal so dicht war wie der Pelz des Braunbären, jedenfalls bevor die Fichten gestorben sind. Es gibt hier malerische Holzhäuser und Menschen, die gern auch mal mit dem Rücken zur Welt leben, ihr eigenes Ding machen.

Vor sieben Jahren ist die Welt dann nach Wehrsdorf gekommen, bald jeder zehnte der 1650 Dorfbewohner ist hierher geflüchtet vor Krieg oder Elend anderswo. 125 Asylbewerber leben in einem Heim am Ortsrand, jetzt sind noch ukrainische Familien dazugekommen. Die im Heim sind allermeistens Muslime, viele kommen aus ihrer Unterkunft kaum raus, weil sie nicht arbeiten dürfen. Manchmal schauen sie mit Neid auf die anderen, die Ukrainer, die alle privat untergekommen sind. Denen haben die Wehrsdorfer ihre Häuser geöffnet, haben ihnen Kleider gespendet, Computer, sie dürfen Geld verdienen, sofort.

Ein ziemlich ungleiches Nebeneinander ist dieses Leben in Wehrsdorf, wo mehr als jeder Dritte schon mal die AfD gewählt hat. Aber es gibt eben auch Leute hier, die beweisen wollen, dass es trotzdem geht. Auch in Sachsen.

Nie ging es den Menschen hier so gut wie heute, das sagt sie jedem, der es nicht hören will im Dorf

Migration, das ist ja ein schwieriges Thema hier. Fast jede Woche gibt es Proteste in Sachsen, seit wieder deutlich mehr Asylbewerber über die Balkanroute nach Deutschland kommen. Die Unterkünfte reichen nicht, in einigen Städten stellt man Zelte auf. Und wo neue Heime entstehen sollen, ist oft die rechte Szene schon da. Brandstiftung in Bautzen, Dauerdemos bei Chemnitz. "Wir haben Angst!", "Ausländer raus!", brüllten Menschen neulich in Hoyerswerda.

Aber: Was passiert eigentlich, wenn die Fremden trotzdem kommen?

Katharina Groß macht ein Geräusch, als würde Luft aus einem angestochenen Reifen entweichen. "Im Westen müssen sie doch denken, wir sind hier alle plemplem." Sie ist jetzt 71, war Deutschlehrerin bis vor ein paar Jahren, eine widerspenstige kleine Frau, die immer in Bewegung ist, auch innerlich. Der ganze Krach um Migration ist selbst verschuldet, findet sie. Weil der Staat seine Aufgaben nicht mache.

Katharina Groß läuft an der Bundesstraße 98 entlang, die den Ort in der Mitte durchschneidet. Auf der einen Seite, es ist die Schokoladenseite, steht beim Kirchturm eine bescheidene Pracht aus Fachwerk und herausgeputzten Umgebendehäusern. Weberfamilien haben sich die Holzbauten mal ins stille böhmische Grenzland gestellt.

Für Idylle hat Katharina Groß aber keine Zeit. Sie bleibt auf der Nicht-Schokoladenseite. Hier gab es mal eine Leinenweberei, sie ist längst dicht. Immerhin die Möbelfabrik hat durchgehalten, und hinter mürben Vorkriegsmauern kämpfen sich Handwerksbetriebe durch die neue Zeit.

Katharina Groß will jetzt Richtung Ortsrand, da hat ihr der liebe Gott ein Geschenk hingestellt, so sieht sie das. Einen Auftrag. Hier oben steht die Gemeinschaftsunterkunft Wehrsdorf, ein Kasten, wohnlich wie eine Garage. In den Fluren kein Bild, in der Küche kein Topf, auch Spielzeug muss man hier lange suchen. Zwischen fleckigem Beton wohnt hier auf drei Etagen Deutschlands verunglückte Einwanderungspolitik.

Im Haus sind Syrer, Afghanen, Marokkanerinnen, Pakistani untergebracht, etliche sind abgelehnte Asylbewerber, die man nicht abschieben kann, weil Pässe fehlen. Andere dürfen bleiben, aber wollen weg. Die Menschen hier warten. Lange. Auf Bescheide vom Amt. Auf Termine beim Arzt. Auf Beschäftigung oder so etwas wie Zukunft. Die aber ist hier nicht vorgesehen.

"Frau Katharina", ruft ein junger Afghane, als er Katharina Groß sieht. Er hält ihr ein Papier unter die Nase. Wieder kein Platz im Deutschkurs. Groß nickt, sie will sich kümmern. Sie übernimmt hier mit anderen die Sozialarbeit, die der Staat sich spart.

Als 2015 bekannt wurde, dass ein Heim eröffnet werden sollte in Wehrsdorf, gab es einen Aufstand im Ort. Hunderte stellten sich in die Turnhalle und brüllten die örtlichen Autoritäten nieder. Ausländer? Nicht hier, hieß es. Die Kinder. Die jungen Mädchen. Die Arbeitsplätze. Gewalttäter hätten hier nichts zu suchen.

Katharina Groß, Frau eines Pfarrers im Ruhestand und eine, die wohl schon in der DDR nicht recht ins Bild gepasst hat, winkt ab, wenn sie daran denkt. Nie ging es den Menschen in der Oberlausitz so gut wie heute, das sagt sie jedem, der es nicht hören will im Dorf. "Die haben alles. Die haben Autos. Die fahren zweimal im Jahr in Urlaub." Angst gebe es, klar, Angst vor Veränderung. "Viele wollen einfach nichts abgeben."

Katharina Groß hat vor sieben Jahren mit 50 Leuten die Gruppe "Blickkontakt" gegründet. Damit die Dorfbewohner Zugang finden zu den Asylbewerbern - und umgekehrt. Seither ist Frieden, sagt sie, auch der Bürgermeister sagt es. Kriminalität? Gewalt? Kein Thema hier. Manchmal gibt es Streit im Heim, dann kommt die Polizei. Aber sonst. Man kriegt ja gar nichts mit von denen, heißt es jetzt im Dorf. Sollen die doch mal arbeiten, heißt das aber auch.

Der Sächsische Flüchtlingsrat spricht von "teils willkürlichem Verwaltungshandeln"

Katharina Groß ist jetzt fast täglich im Heim, und nicht nur zum Trösten. In Zimmer 216 öffnet ihr Akmed Dibirov, er hat sich aus Dagestan nach Sachsen durchgeschlagen. Jetzt wohnt der stille Russe mit Frau und vier Kindern auf ein paar Quadratmetern abgetretenem Teppich. Der jüngste Sohn sollte eigentlich längst in die Grundschule hier im Dorf, aber er bekommt keinen Platz, weil sein Deutsch nicht gut genug ist. Also muss er weit fahren in einen anderen Ort, mit dem Bus. Er sitzt jetzt bewegungslos vor dem Fernseher. "Ihr müsst lesen mit ihm, jeden Abend lesen", sagt Kathari-

na Groß.

Lesen, ja, sagt der Vater, er nickt höflich. Dann breitet er Papiere aus, Schreiben der Uniklinik Dresden. Sein Sohn hat eine Autoimmunerkrankung, auch Frau und Tochter sind krank. Wegen des Risikos "schwerer Komplikationen" sei ein Umzug nach Dresden "unbedingt zu empfehlen". Raus aus der Gemeinschaftsunterkunft, heißt das. Genehmigt wurde es nicht. Natürlich nicht, sagt Katharina Groß.

Sie hat längst aufgehört zu zählen, wie viele Briefe sie schon verfasst hat an Behörden. Es fehlen Deutschkurse, also unterrichtet sie selbst. Es fehlen Rückmeldungen vom Ausländeramt, also haken ihre Mitstreiter nach. Es fehlt Geld, also sammelt die Gruppe Spenden. Der Bürgermeister war zuletzt vor knapp zwei Jahren im Heim, das sagt er selbst. Viele Bewohner schlafen hier fast nur noch, manche trinken, geben auf oder haben nie zu kämpfen begonnen.

Aber auch in der Gruppe "Blickkontakt" sind Hoffnungen auf der Strecke geblieben. Aus 50 Engagierten sind 15 geworden, manche zweifeln, ob das wirklich noch was wird mit der Integration. Von der Heimleitung und dem Ausländeramt Bautzen fühlen die Ehrenamtler sich abgewimmelt. Verbesserung sei unerwünscht. "Wir stören sie in ihrer Ruhe", sagt Katharina Groß. Der Landkreis wolle es den Ausländern so unbequem wie möglich machen. "Die versuchen alles, um Integration zu verhindern."

Es ist nicht der Mensch, es ist der Staat, der Verantwortung dafür trägt, dass so viel schief läuft, davon ist Groß überzeugt. Eine Einladung der Ausländerbehörde zu einer Integrationsveranstaltung hat ihre Gruppe in diesem Jahr abgelehnt, zum ersten Mal. Dass die Geflüchteten hineinwachsen sollen ins Land, sei dort doch gar nicht gewollt.

Auch anderswo wurde bemerkt, wie wenig vorangeht im Landkreis Bautzen. Der Sächsische Flüchtlingsrat legt jetzt eine Fachaufsichtsbeschwerde für die Landesdirektion Sachsen ein. Er hat mit Rechtsanwälten fast 20 Asylbewerber aufgelistet, deren Anliegen das Ausländeramt Bautzen verschleppt haben soll, Monat um Monat. Keine Reaktion seitens der Behörde, Bescheid fehlerhaft, Terminanfrage ignoriert - man habe es mit "teils willkürlichem Verwaltungshandeln" zu tun, die Bearbeitungszeiten lägen in Bautzen bisweilen bei "mehreren Jahren", kritisiert der Flüchtlingsrat.

Das Ausländeramt teilt dazu schriftlich mit, von einer Beschwerde wisse man nichts, für soziale Betreuung der Asylbewerber sei gesorgt, und wer gesundheitliche Probleme habe, könne sich einen

"Behandlungsschein beim Ausländeramt" holen. Der Landrat Udo Witschas hat keine Zeit für ein Gespräch. Der CDU-Politiker ist 2017 mal in die Schlagzeilen geraten wegen allzu vertraulicher Kontakte zu einem bekannten Rechtsextremisten. Damals verlor er für eine Weile die Zuständigkeit für das Ausländeramt. Lange her.

Und es ist auch nicht so, dass jeder in Wehrsdorf es bedauert, wenn die Politik die Zuwanderung bremst. Da ist zum Beispiel der Inhaber einer kleinen Firma, ein freundlicher Mann mit schweren Händen und leicht erhitzbarem Gemüt. Seinen Namen will er nicht in der Zeitung lesen. Nicht dass es noch heißt, er sei rechts. Er wähle CDU, seine Frau tue es auch.

Die Familie führt einen Betrieb auf der Nicht-Schokoladenseite von Wehrsdorf, sie haben ihn von den Eltern übernommen, die sich nach der Flucht aus Schlesien hier hochgeschuftet haben, erst bei Bauern, nach 1990 in einer eigenen Firma. Heute arbeiten hier fünf Mitarbeiter und ein Lehrling an modernen Maschinen, jedenfalls wenn keiner krank ist. Der Firmenchef rennt in schwerem Schuhwerk im Lösungsmitteldunst herum, seine Frau sitzt am Telefon. Es klingelt ziemlich oft.

Fünf Tage Urlaub macht der Handwerksmeister im Jahr, seine Leute fahren bis nach Berlin für Aufträge, 240 Kilometer. "Vier Uhr aufstehen, dann schmierste deine Schnitten, und um fünf geht's los." Und wenn schon, findet er. "Jeder Unternehmer kämpft hier ums Überleben." Der Betrieb hat alle Not, rechtzeitig zu liefern, es fehlen Arbeitskräfte. So wie drüben bei den Milchbauern, im Mühlenbetrieb, in der Autosattlerei, wo viele bis zur Erschöpfung arbeiteten.

Und dann sieht man diese Ausländer, sagt der Handwerksmeister. Sie gehen vom Heim zur Bushaltestelle. Und zurück. Lauter junge Kerle. "Ich habe nichts gegen Flüchtlinge", sagt er. "Ich habe was dagegen, wenn die Leute hier mit großen Handys und schicken Klamotten rumlaufen und nicht arbeiten gehen." Er redet sich jetzt in Fahrt, wird immer lauter. "Sprachunterricht, Eingliederung, dies und das, und für unsere Leute ist nichts übrig." Mit Fremdenfeindlichkeit hat das nichts zu tun, findet er, die Hautfarbe sei ihm egal. Er hält einfach nichts von diesem sozialen Firlefanz, auch nicht vom Bürgergeld übrigens, auch nicht für Deutsche.

Irgendwann wird er beide Hände heben. Vier Finger hat er in einer Maschine verloren. Wer schenkt ihm was? "Die Achtung vor der normalen Arbeit" mache dieser großzügige Sozialstaat kaputt, der den Leuten das Geld hinterherwerfe fürs Nichtstun. Die ganze Plackerei seiner Eltern, auch seine eigene - das werde doch alles entwertet. So sieht er das. Nur dass es andere eben anders sehen.

Jeden Tag sieht er die Bilder aus Iran, liest von Hinrichtungen. Nach Hause? Ausgeschlossen, sagt er

Im Flüchtlingsheim am Ortsrand klopft Katharina Groß an die Tür von Zimmer 111. Hier wohnt Akbar Dabagi, er ist 34 und einer, der jetzt manchmal nicht mehr kann. Er lebt hier mit drei Mitbewohnern, dem Wasserkocher und Tabletten gegen Depressionen. Vor sieben Jahren ist er abgehauen aus Iran, weil er Christ ist, weil das verboten ist in seiner Heimat und weil seine Mutter deshalb bedroht wurde, wie er sagt. Er hat das auch im Asylverfahren vorgetragen. Auf dem Papier ist er nur eine Person mit ungeklärter Identität, die abgeschoben werden soll.

Akbar Dabagi hat keinen Pass, und um einen neuen zu bekommen, müsste er zur iranischen Botschaft. Da traut er sich nicht hin. Er ist sich sicher, ihm würde da etwas zustoßen. Jeden Tag sieht er jetzt diese Bilder aus Iran, liest von Hinrichtungen, Haft. Nach Hause? Ausgeschlossen, sagt er. Er versucht jetzt, sich irgendwie nützlich zu machen im Dorf, bringt manchmal Kinder aus dem Heim zur Schule, begleitet Leute zum Arzt, hat Ukrainern die Wohnung gestrichen. In der Gemeinde schätzen sie den hilfsbereiten Mann. Nur froh wird er eben nicht in diesem Land, das ihn festhält wie in einer Vakuumverpackung.

"Ich kann nicht gehen zur Arbeit. Ich kann nicht gehen Schule. Alles ist verboten", sagt Akbar Dabagi. Kein Betrieb darf ihn beschäftigen. Ihn macht das krank. Er klappt einen Ordner mit Unterlagen auf. 174 Euro überweist man ihm jeden Monat, und er ist dankbar dafür, das betont er immer wieder. Aber er will das Geld nicht. "Ich gehe arbeiten. Ich zahle. Kein Problem." Er könnte Alte pflegen, in die Fabrik gehen, Hauptsache, raus aus dieser Ödnis.

Kettenduldung heißt im Amtsdeutsch, was den Iraner fast um den Verstand bringt - und wenn man so will auch den aufgebrachten Wehrsdorfer Handwerksmeister. Der eine will anpacken und darf es nicht, der andere braucht Anpacker und bekommt sie nicht. Die Bundesregierung will das jetzt ändern, sie hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das langjährig geduldeten Asylbewerbern erlauben soll, sich einen Job zu suchen. Die Union bekämpft es. Akbar Dabagi kann es kaum erwarten.

Nur, würde der Handwerksmeister aus Wehrsdorf überhaupt Leute wie Dabagi beschäftigen? Wer ihm diese Frage stellt in seiner Werkstatt, sieht Skepsis in seinem Gesicht aufsteigen. "Schwierig", sagt er. Die Kundschaft. Die Sprache. Er zögert. Handwerk, das sei halt Vertrauenssache, "teilweise kriegen wir 'nen Haustürschlüssel". Andere im Dorf rechnen schon mit Neid, wenn Asylbewerber demnächst arbeiten dürfen. Auch langjährige Facharbeiter kriegen hier ja oft nur den Mindestlohn.

Oben im Heim bricht Akbar Dabagi aus Zimmer 111 jeden Sonntagmorgen auf, er tut das schon seit Jahren. Er geht dann hinunter zur Bundesstraße, vorbei an der Gaststätte Zu den Linden, die jetzt oft zuhat, auf der anderen Seite der Straße wieder bergauf. Hier führt ein asphaltierter Weg vorbei an restauriertem Fachwerk und stillen Gärten rauf zur Kirche. Jeden Sonntag sitzt er hier im Gottesdienst. Und hofft.

Denn hier oben ist es irgendwie anders, hier versuchen ein paar Leute, Gemeinssinn zu stiften. Zwei Hebammen haben im Gewölbe des alten Kirchbauernhofs ein Café gegründet. Und die Leute kommen, auch Familien mit Kindern, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind. Akbar Dabagi setzt sich dann dazu, das tun nicht viele aus dem Heim.

Auch anderswo im Ort wird Verbindung geschaffen. Peter Pietsch, der drüben im Möbelwerk arbeitet, hat mit zwei Lehrern, einem Monteur und dem Friedhofsmeister 2004 eine Stele im Ort aufgestellt, gleich neben dem alten Kriegerdenkmal vor der Kirche. Sie wollten da die Namen von mehr als 200 Wehrsdorfern einmeißeln lassen, die den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt hatten. NSDAP-Funktionäre sollten nicht dabei sein, auch der Großvater von Peter Pietsch schied deshalb aus.

Das halbe Dorf hat damals begonnen, in Erinnerungen und alten Briefen zu stöbern. Man kam ins Gespräch über schweigsame Ehemänner, verschollene Brüder, den Krieg. Ein Dorf, nie privilegiert und oft vergessen, hat begonnen, sich mit sich selbst auszusöhnen. Und jetzt? Wächst der Druck auf dieses vorsichtige Miteinander erneut.

Im Gemeindesaal von Wehrsdorf, gleich beim Klavier und den zerlesenen Liederheften, sitzt Toralf Walz. Er ist Pfarrer, Vater von fünf Kindern und ein Freigeist, der sich gefreut hat, als der Ort mit so viel Elan ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen hat. Auch Walz und seine Frau haben sich angestrengt, Unterkünfte flottzukriegen, Kleiderspenden zu sammeln, Geflüchteten beim Papierkram zu helfen.

Die Begeisterung über die Ukrainer lässt nach, seit die ersten sich über lahme Laptops beschwert haben

Doch, sagt der Pfarrer, es geht was zusammen in Wehrsdorf. Aber es brechen auch wieder alte Risse auf. "Diese Unzufriedenheit, diese Verbitterung und diese Verunsicherung, die wir heute haben, die war nicht da", sagt er und meint die Nullerjahre, als die größten Brüche der Wende überwunden schienen. Aber dann, sagt Walz, kamen die Ausgangssperren der Pandemie, dazu der Ukraine-

Krieg. Das habe manche Menschen in eine innere Verhärtung getrieben, andere in neue Gegnerschaft zum Staat. Und auch die Begeisterung über die Ukrainer lässt nach, seit die ersten von ihnen sich hier über zu lahme Laptops beschwert haben.

Etliche aus dem Dorf fahren jetzt wieder zu Montagsdemos nach Bautzen, weil sie es den Regierenden zeigen wollen. "Viele haben es sich abgewöhnt, sich schwierige Frage zu stellen, auch existenzielle, und das Herz aufzumachen für andere", sagt Pfarrer Walz. Er beobachtet auch in seiner Kirchengemeinde, wie konservative christliche Werte sich mit Fremdenfeindlichkeit verbünden, gerade bei denen in den schickeren Kleidern, wie ihm auffällt. Bei der letzten Bundestagswahl wurde die AfD in der Gemeinde Sohland, zu der Wehrsdorf gehört, mit 38,8 Prozent stärkste Kraft.

Und die Dinge werden ja nicht einfacher. Weil die Zahl der Geflüchteten wohl weiter wachsen wird, plant der Landkreis Bautzen die "Verdichtung von Kapazitäten in bestehenden Unterkünften". In Wehrsdorf, wo ursprünglich höchstens hundert Asylbewerber untergebracht werden sollten, werden 146 Menschen Platz finden müssen.

Toralf Walz wird irgendwann unruhig auf seinem Stuhl, verabschiedet sich. Er muss noch eine Predigt vorbereiten für den nächsten Tag. Es wird da auch ums Dazugehören gehen, dieses leicht zerbrechliche Gut.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5713463

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.